

drohen könnte, reicht alleine als Basis für eine durchsetzbare Alternative nicht aus.

Wir Grüne wollten in Hamburg mit der SPD koalieren, es reichte nicht. Wir wollen in Hessen Andrea Ypsilanti gegen Roland Koch durchsetzen und stehen dazu. Ich würde auch gerne im Saarland mit Heiko Maas zusammen dafür sorgen, dass die »PDS/ML« – »ML« bedeutet »mit La-

fontaine« und Werner Schulz war der erste, der dieses Etikett verwendete – dort nicht den Ministerpräsidenten stellt. Eine Ampel im Bund 2009 wäre meiner Meinung nach die am wenigsten schlechte von den realistischen Optionen. Aber rot-grüne Lagerromantik ist out. Der Aufbruch, den ich für nötig und möglich halte, Genossen, kommt ohne diese Krücke aus.

Frank Decker

Macht- und Programmoptionen im neuen Fünfparteiensystem

Das Aufkommen der Linkspartei gibt der SPD Gelegenheit zu einer eigenen schärferen programmatischen Konturierung. Stattdessen aber reibt sich die Partei an der lästigen Konkurrenz und trägt damit selbst dazu bei, dass die öffentliche Debatte sich weitgehend auf die »Koalitionsfrage« konzentriert.

Auch wenn sich Geschichte bekanntlich nicht wiederholt, ist doch erstaunlich, dass in den beiden Perioden (1966 bis 1982 und 1998 bis heute), in denen in der Bundesrepublik Sozialdemokraten Regierungsverantwortung getragen haben, neue Parteien im linken politischen Spektrum entstanden sind. Gewiss wäre es irreführend, *Die Grünen*, die sich in den 80er Jahren als vierte Kraft im Parteiensystem erfolgreich etablierten, eine SPD-Abspaltung zu nennen. Die Ökologiebewegung, aus der sie hervorgetreten sind, wurde aber erst durch die für Umweltfragen wenig empfängliche Wirtschaftspolitik des sozialdemokratischen Kanzlers Helmut Schmidt zu einer für die SPD gefährlichen Größe. Weil diese die Bedeutung des Jahrhundertthemas nicht erkannt hatte (von Ausnahmen wie Erhard Eppler abgesehen), konnten *Die Grünen* sich auf dem ökologischen Pol einer neuen »postmaterialistischen« Konfliktlinie positionieren und damit Wähler binden, die ansonsten wahrscheinlich bei der Sozialdemokratie gelandet (oder verblieben) wären.



Frank Decker

(* 1964) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn. 2006 erschien im VS Verlag *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*

frank.decker@uni-bonn.de

Anders stellte sich die Situation im Jahre 2005 dar. Ob der Protest gegen die Schröder'schen Sozialreformen, der zur Entstehung der WASG in den alten Bundesländern geführt hat, eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie begründet, können wir dahingestellt sein lassen. Selbst wenn es so wäre, würde er an die Bedeutung des Ökologiethemas auf keinen Fall heranreichen. Ablesbar ist dies zum einen daran, dass die WASG organisatorisch tatsächlich eine SPD-Abspaltung darstellt. Solchen Abspaltungen liegen in der Regel gerade keine neuen Konfliktlinien zugrunde. Stattdessen entspringen sie der Kritik, dass sich die Herkunftspartei von den alten Konfliktlinien, die ihre Identität ausmach-

ten, in unzulässiger Weise entfernt habe. Zum anderen hätte die WASG ohne die Fusion mit der PDS wohl kaum das Potenzial gehabt, sich als politische Kraft jenseits der SPD zu etablieren. Vermutlich wäre sie wie viele andere Protestparteien vor ihr von der Bildfläche rasch wieder verschwunden. So aber stellte das Zusammengehen der bis dahin rein ostdeutschen PDS mit der westdeutschen SPD-Abspaltung eine klassische *Win-Win*-Situation dar: Die WASG wurde von der PDS »Huckepack« in den Bundestag getragen, und die PDS war ihrem lang ersehnten Wunsch, auch im Westen der Republik anzukommen, endlich nähergerückt.

Elektorale Stärke des linken Lagers

Gemessen am Wählerzuspruch hat das Auftreten dreier konkurrierender Parteien dem linken Lager nicht geschadet, im Gegenteil: Sieht man von der Bundestagswahl 1990 ab, die den bürgerlichen Parteien unter dem unmittelbaren Eindruck der deutschen Einheit nochmals einen klaren Sieg bescherte, lag der zusammenge nommene Stimmenanteil der linken Parteien (SPD, *Grüne* und PDS/*Linkspartei*) ab 1994 stets über dem Rekordergebnis, das die SPD bei der Bundestagswahl 1972 erreicht hatte (45,8 Prozent), als es ihr zum ersten Male gelungen war, die Union als stärkste politische Kraft zu überflügeln. Bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 verfügte die politische Linke elektoral sogar über die absolute Mehrheit, lag sie mit Werten zwischen 50,9 und 52,7 Prozent mehr oder weniger deutlich vor dem bürgerlichen Lager. Als regelrechte Hegemonie entpuppt sich die Situation in Ostdeutschland, wo SPD, *Linkspartei* und *Grüne* bei der letzten Bundestagswahl fast doppelt so viele Stimmen bekommen haben wie CDU und FDP (61,0 vs. 33,2 Prozent). Seit 1994, dem Jahr

der zweiten Runde der Landtags- und Bundestagswahlen in der früheren DDR, erreicht die politische Linke damit eine elektorale Stärke, die sie in der deutschen Geschichte nie zuvor besessen hat. Und wenn man von den aktuellen Umfragen ausgeht, wird sich an diesen Kräfteverhältnissen auch bei der kommenden Bundestagswahl nichts Nennenswertes ändern.

Theoretisch lässt sich der positive Effekt der Pluralisierung leicht erklären: Mehrere Parteien, die innerhalb eines bestimmten Spektrums auftreten und im Wettbewerb unterschiedliche personelle und programmatische Angebote machen, können ein gegebenes Wählerpotenzial umfassender ausschöpfen als eine Partei allein. Das Hinzutreten von *Grünen* und *Linkspartei* würde die Volkspartei SPD demnach ein Stückweit davon entlasten, Positionen mit abzudecken, die von ihren linken Konkurrenten ebenfalls (und womöglich authentischer) vertreten werden. Auf diese Weise könnte sie ihr Augenmerk stärker auf die Wähler der Mitte richten und die Auseinandersetzung mit der anderen Volkspartei führen. Strategisch hätte das einen doppelten Vorteil. *Zum einen* würde es den zusammenge nommenen Stimmenanteil der linken Parteien vergrößern, was nützlich sein könnte, wenn die Akteure ein Linksbündnis tatsächlich anstreben. *Zum anderen* könnte ein Kurs der Mitte aber auch als Absage an ein solches Bündnis und Präferenz für eine »zentristische« Koalition interpretiert werden. Insofern mag das Vielparteiensystem den geschrumpften Volksparteien zwar Gelegenheit zu einer schärferen programmatischen Konturierung geben; die Vielfalt der rechnerisch möglichen und politisch denkbaren Koalitionen zwingt sie jedoch gleichzeitig zu größerer strategischer Flexibilität. Welche Fehler einem dabei unterlaufen können, hat der missglückte Öffnungsversuch der SPD gegenüber der *Linken* im Vorfeld der jüngsten Landtagswahlen gezeigt.

Notwendige programmatische Profilierung

Eingeklemmt zwischen ihrem Regierungspartner Union und der neuen Konkurrenz der *Linken*, hat die SPD die Notwendigkeit der programmatischen Profilierung nach der siebenjährigen Schröder-Ära erkannt und mit dem Konzept des vorsorgenden Sozialstaates (das auf ihren kurzzeitigen Vorsitzenden Matthias Platzeck zurückgeht) einen vielversprechenden Zukunftsansatz linker Politik entwickelt, der nun der Ausbuchstabierung bedarf. Dessen Grundlage ist ein Gerechtigkeitsverständnis, das vorsorglichen Investitionen in die Herstellung und Verbesserung der Chancengleichheit (namentlich im Erziehungs- und Bildungsbereich) Vorrang einräumt vor dem nachträglichen Ausgleich von Einkommensunterschieden. Dies stellt eine Korrektur bisheriger Positionen dar und signalisiert einen klaren Unterschied zur *Linken*, die den hergebrachten Sozialstaat am liebsten noch weiter ausbauen würden.

So konsensfähig das Modell auf einer abstrakten Ebene erscheint, so wenig hat die SPD daraus in der Auseinandersetzung mit der *Linkspartei* bisher allerdings gemacht. Auf ihre hervorragenden Ergebnisse in der Gruppe der jüngeren Wähler (insbesondere der weiblichen) bei den jüngsten Landtagswahlen wusste sie sich selbst am wenigsten einen Reim zu machen und in der Regierungspolitik ruderte sie in wichtigen Fragen (Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und Frühverrentung) von der vorsorgenden zur nachsorgenden Konzeption wieder zurück. Statt auf die eigenen Stärken zu setzen und an der politikinhaltlichen Profilierung weiterzuarbeiten, rieb sich die SPD an der lästigen Konkurrenz von links, so als ob diese der eigentliche Grund ihrer Schwierigkeiten sei. Von daher hat sie selbst am meisten dazu beigetragen, dass sich die parteiinterne und öffentliche Debatte ganz auf die leidige »Koalitionsfrage« konzentrierte.

Die Linke muss um ihre Position als fünfte Partei einstweilen nicht fürchten. Das organisatorische Fundament der im Osten bestens vernetzten PDS und die neue Virulenz der Verteilungsfragen geben ihr beste Chancen, auf dem derzeitigen (oder einem noch höheren) Niveau zu überleben, die durch die aktuelle Regierungskonstellation noch befördert werden. Die gleichzeitige Bedienung dreier *cleavages* (Haltung zum DDR-Regime, Ost-West-Konflikt und Sozialkonflikt) verspricht eine stabile Wählerkoalition. Zwar gibt es hier einen gewissen *trade off*, weil die Partei durch die Westausdehnung ihre reine Ost-Identität verliert. Dies dürfte dem Gesamterfolg aber ebenso wenig im Wege stehen wie die beträchtlichen Schwierigkeiten im Fusionsprozess, die in der Öffentlichkeit bisweilen das Bild einer Chaotentruppe entstehen lassen. Hier profitiert *Die Linke* davon, dass sie von den Wählern weniger als gestaltende Kraft denn als Protestpartei geschätzt wird. (Im Osten trifft vermutlich das eine wie das andere zu.)

Die Zeit natürlicher Bündnisse ist vorbei

Die parlamentarische Kultur der Bundesrepublik muss sich auf die neuen Bedingungen eines Vielparteiensystems erst noch einstellen. Das gilt für Wähler und Parteien gleichermaßen. Die Ersteren werden sich daran gewöhnen müssen, dass die gewünschten oder nicht ausschließbaren Koalitionen vor der Wahl nicht immer offengelegt werden. Was aus demokratischer Sicht eigentlich geboten ist, könnte sich aus strategischer Sicht der Parteien nämlich als Fehler erweisen (wenn damit potenzielle Wähler verschreckt werden). Für die Parteien besteht das Problem wiederum darin, dass sie lernen müssen, Koalitionen auch mit nicht geborenen Partnern einzugehen und zum Erfolg zu führen. Die Zeit der natürlichen Bündnisse ist vorbei. Das Ver-

hältnis der Parteien zueinander und ihr Verhalten im Wettbewerb wird sich dadurch notgedrungen verändern. Man grenzt sich ab und muss doch so konziliant bleiben, dass man gegebenenfalls zusammenkommen kann. Lernbereitschaft bedarf es schließlich in institutioneller Hinsicht. Nachdem der Automatismus der Mehrheitsbildung jahrzehntelang dafür gesorgt hat, dass sich die Frage des Regierungsauftrags nicht stellte, müssen im Vielparteiensystem entsprechende Regeln gefunden und eingehalten werden. Und auch die Voreingenommenheit gegen Minderheitsregierungen, die in anderen Ländern gang und gäbe sind, sollte man in der Bundesrepublik endlich ablegen.

Je mehr politische Anbieter sich auf dem Wählermarkt tummeln, umso geringer sind in der Tendenz deren jeweilige Stimmenanteile. Die Dezimierung muss aber nicht automatisch zu weniger Regierungsmacht führen, im Gegenteil: Gelingt es einer Partei, im Vielparteiensystem eine zentrale Position einzunehmen, kann sie die Dauer ihrer Regierungsbeteiligungen vielleicht sogar erhöhen. Dazu muss sie freilich bereit sein, die Macht mit anderen Partnern zu teilen.

Das Dilemma

In der Bundesrepublik sah es lange Zeit so aus, als ob die SPD im Parteiensystem über die strategisch günstigste Position verfügen würde. Dass sich dies inzwischen geändert hat, liegt nicht nur am Aufkommen der *Linkspartei*. Diese hat die Wettbewerbsparameter insofern verschoben, als sie der Union eine strukturelle Mehrheitsposition im Parteiensystem verschafft. Die SPD hat deshalb einen stärkeren Anreiz als diese, aus der Großen Koalition auszusteigen, in der sie sich vermutlich auch nach 2009 mit der Rolle des Juniorpartners begnügen müsste. Realistische Alternativen stehen ihr für das Wahljahr freilich nicht

zur Verfügung. Ein Linksbündnis würde die Partei derzeit zerreißen und die Chancen in Richtung Ampelkoalition wurden von der FDP bisher nicht erwidert, für die ein Zusammengehen mit Union und *Grünen* gewiss reizvoller wäre. Die Chancen auf ein solches Jamaika-Bündnis sind wiederum gestiegen, nachdem es der CDU in Hamburg gelungen ist, erstmals auf Landesebene eine Koalition mit den *Grünen* zu schmieden.

Für die SPD, der man ja gerne eine historisch bedingte Sehnsucht nach der Oppositionsrolle unterstellt, wäre ein solches Szenario nicht nur deshalb unerquicklich, weil sie damit ihre Regierungsmacht verlöre. Noch heikler wäre, dass sie die Oppositionsrolle dann mit der *Linken* teilen müsste, gegen deren ungebremsen Populismus sie im Zweifel wenig ausrichten könnte. Dass Konkurrenz aus dem eigenen Lager in der Opposition noch ungemütlicher ist als in der Regierung, musste die Partei bereits in den 80er Jahren leidvoll erfahren, als ihr *Die Grünen* auf der parlamentarischen Bühne zeitweilig den Rang abliefen. Insofern ist es aus Sicht der SPD misslich, dass sie dem drohenden Jamaika-Bündnis die Alternative einer Linkskoalition als glaubhafte Drohkulisse heute noch nicht entgegensetzen kann. Dazu müsste sie ja selbst eine solche Alternative als gangbar erachten, was vielleicht 2013 der Fall sein wird, aber gewiss nicht 2009. Umgekehrt ist es keineswegs ausgemacht, dass die Union das Wagnis einer neuen, faktischen Vierer-Koalition (wenn man die CSU mit einrechnet) gegen die bisherige Berechenbarkeit der Großen Koalition eintauschen würde. Wenn der Eindruck nicht trügt, sind die Bedenken gegenüber einem solchen Bündnis in der letzten Zeit eher gewachsen. Es ist daher gut möglich, dass sich nach 2009 erst einmal gar nichts ändert und die Große Koalition als Regierung weiter besteht; auch das wäre eine Konsequenz der neuen Vielfalt im deutschen Parteiensystem.